

Eberhard Mühlich

Lokale Agenda 21, lokale Innovations- und lokale Integrationspolitik – drei komplementäre Aufgaben im Mehrebenen- und Mehrfeldersystem von Politik, Ökonomie und Kultur

1. Zur Ungleichentwicklung der Entwicklungsressourcen

Die Lokale Agenda 21 wird ganz überwiegend in den dreißig bis vierzig wohlhabenden, demokratisch verfaßten und technisch-organisatorisch hochentwickelten Ländern in Europa und Nordamerika, in Japan, Australien und Neuseeland beraten und aufgestellt. In den fünfzig bis sechzig ärmsten Ländern am unteren Ende der Entwicklungshierarchie, davon die meisten in Afrika, hat sich gegen die globale Vereinbarung von Standards der nachhaltigen Entwicklung eine starke Opposition gebildet, weil solche Sozial- und Umweltstandards als zusätzliches Entwicklungshindernis betrachtet werden. In den sechzig bis siebzig Schwellenländern,¹ zu denen die bevölkerungsreichsten wie Indien, China und Brasilien zählen, wird der Gedanke der Nachhaltigkeit zwar nicht abgelehnt, doch weniger der Umweltschutz und die Ressourcenschonung als vielmehr die Bewältigung der Probleme des raschen Bevölkerungswachstums durch Wirtschaftswachstum steht im Vordergrund. Die Position in der Entwicklungshierarchie bestimmt, was nach der Wirtschaftspolitik und nach der Sozialpolitik für die verengt als Umweltpolitik verstandene Nachhaltigkeitspolitik an Ressourcen übrigbleibt und wie groß die Bereitschaft zur lokalen und globalen Nachhaltigkeitskooperation ist.

Das Ergebnis dieser unterschiedlichen Beteiligung an der Lokalen Agenda 21 dürfte die weitere Vergrößerung des Entwicklungsabstands zwischen den drei Ländergruppen sein. Denn die ersten empirischen Berichte zur Lokalen Agenda 21 (Rösler und Teubner in diesem Band, Länderberichte in Lafferty 1999) zeigen, daß die Durchführung der Nachhaltigkeitsberatungen, die Formulierung von Grundsätzen und Leitbildern sowie die Entwicklung und Durchführung von Projekten den beteiligten Städten und Regionen und damit

1 Zur Gruppierung der Länder in drei Stufen der Entwicklungshierarchie vgl. Kennedy 1999

den engagierten Ländern einen mehr oder weniger großen Zugewinn an eben den „weichen“ Entwicklungsressourcen bringt, die sie im informationstechnisch-organisatorischen Strukturwandel und im globalen Standortwettbewerb brauchen. Die kommunale Politik und Verwaltung übt die integrierte Analyse und Bearbeitung von Problemen, sie entwickelt und erprobt neue Formen der mehr oder weniger informellen Kooperation mit Akteuren der lokalen Ökonomie und Kultur und mit Nicht-Regierungsorganisationen in Politiknetzwerken und sucht nach Lösungen für das dabei unvermeidliche Legitimationsproblem (vgl. Heinelt in diesem Band). Die beteiligten Bürger und Bürgerinnen und die Vertreter aus Verwaltung, Parlament, Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen, Universitäten und Forschungseinrichtungen lernen an dem überaus komplexen, langfristigen und weiträumigen Thema der Nachhaltigkeit komplementäres Denken, Bewerten und Entscheiden (Reich 1999) und überprüfen und entwickeln ihre Identitätskonstruktionen und Lebensstile (Keupp u.a. 1999). Schließlich überprüfen und entwickeln sie unvermeidlich auch ihr Verhältnis zur eigenen und zur umgebenden Natur, deren Belastbarkeit sie als begrenzt erfahren und deren Gestaltbarkeit sie als sowohl ethisch wie moralisch äußerst schwierige neue Aufgabe der Politik, Kultur und Ökonomie kennenlernen.

Auch wenn Erprobung und Entwicklung der neuen Kooperationsformen bei der Lokalen Agenda 21 im Einzelfall nur langsam und gegen zahlreiche Widerstände vorankommen (vgl. die Beiträge von Oels, Pamme und Pleschberger in diesem Band); auch wenn der Anteil der Beteiligten aus der Bevölkerung oft gering ist und die notorisch unterbeteiligten Milieus bei der Entwicklung und Erprobung neuer Lern- und Identitätsformen fehlen; auch wenn die Probleme der Belastung und Gestaltung der eigenen und umgebenden Natur nur in allerersten Schritten und gegen stark verteidigte Gewißheiten zum gemeinsamen Wissen und zum Anlaß für die Neuschöpfung von Werten werden (Joas 1998) und in Leitbilder und Projekte eingehen: die „Agenda-Städte und -Regionen“ gewinnen an eben den neuen sozialen, kulturellen und ökonomisch-ökologischen Entwicklungsressourcen, die sie auch bei der Innovationspolitik im Standortwettbewerb und bei der Integrationspolitik für den sozialen Zusammenhalt der Stadt sowohl nutzen wie entwickeln müssen. Sie überprüfen am Nachhaltigkeitsgrundsatz ihr Verhältnis zur eigenen und zur umgebenden Natur (Naturformen) und können daraus Anregungen nicht nur für bessere Lebensqualität im öffentlichen Raum gewinnen, sondern auch für die Forschung und für neue Produkte und Produktionsprozesse; sie entwickeln und erproben offenere Formen der Zusammenarbeit und Auseinandersetzung (Kooperationsformen) zwischen lokaler Ökonomie, Politik und Kultur und schaffen damit eine Arena, in der, getragen von den im Nachhaltigkeitsgrundsatz gebündelten Werten, mehr oder weniger vertrauensvolle und tragfähige Beziehungen entstehen können; schließlich machen sie sich Gedanken dazu, wie die lokalen Bildungseinrichtungen neu zu gestalten

ten sind, um alle Talente zu nutzen, die Lernfähigkeit möglichst vieler zu entwickeln, lebenslanges Lernen zu ermöglichen, das für die Nachhaltigkeit geforderte komplementäre Denken zu fördern. Etwas abstrakter ausgedrückt: der Agenda-Prozeß bietet den engagierten Städte die Chance, neue Naturformen, Kooperationsformen und Lernformen zu nutzen, zu entwickeln und zu erproben, um die Produktion von materiellem, sozialem und kulturellem Kapital zu erweitern.² Noch etwas abstrakter ausgedrückt: Lokale Semantik, Pragmatik und Ästhetik werden weiter entwickelt und liefern den Stoff, aus dem ein lokales Wir-Gefühl und lokalpolitische Handlungsfähigkeit in Netzwerken für die Selbstbehauptung im Strukturwandel gemacht sind.

Dieses Ergänzungsverhältnis zwischen lokaler Innovations-, Integrations- und Nachhaltigkeitspolitik bei der „Entwicklung der Entwicklungsressourcen“ möchte ich im folgenden untersuchen. Im Vergleich von Innovations-, Integrations- und Nachhaltigkeitspolitik möchte ich zeigen, daß die Lokale Agenda 21 unter günstigen Bedingungen zur Entwicklung der neuen Qualität von Entwicklungsressourcen (Kooperationsformen, Lernform und Naturform) beitragen kann, auf die auch Innovations- und Integrationspolitik angewiesen sind. Denn die lokale Nachhaltigkeitskooperation ist von Investitions- und Rivalitätsrisiken, von Options- und Optimierungsdilemmata weniger belastet als diese. Und sie führt zweitens in die Gestaltungs- und Steuerungsform des Politiknetzwerks das Koordinationsmittel des universal gültigen, pluralistische Differenzen überbrückenden Grundsatzes (Nachhaltigkeitsgrundsatz) ein, aus dem situationsspezifische Leitbilder und Projekte entwickelt werden. Lokale Innovations- und Integrationspolitik können den Nachhaltigkeitsgrundsatz für ihren Verständigungsbedarf ebenfalls nutzen. Sie tun dies auch bis hin zur Überdehnung und Übernutzung: alles ist inzwischen „nachhaltig“ und damit bald nichts mehr; darin zeigt sich ein Bedarf an ergänzenden Grundsätzen.

Günstige Bedingungen für die Nutzung der Lokale Agenda 21 sind allerdings nicht nur in der Entwicklungshierarchie der Nationalstaaten ungleich verteilt; auch innerhalb der hoch entwickelten Länder sind die Unterschiede der Entwicklungschancen zwischen den Städten und Regionen bei aller Regional-, Struktur- und Kohäsionspolitik nicht ausgeglichen und werden durch den aktuellen Strukturwandel und die Globalisierung erneut vergrößert. Unter dem hohen, stark selektiven und oft destruktiven Produktivitäts- und Flexibilitätsdruck der politisch noch wenig gestalteten und gesteuerten globalen Finanz- und Gütermärkte (vgl. u.a. Krugman 1999, Hirsch-Kreinsen 1998, Lütz 2000, Wiesenthal 2000) können sich solche Städte und Regionen noch am ehesten behaupten, die ohnehin bereits die Kooperationsformen der Innovations-, Produktions- und Politiknetzwerke kennen, die relativ weiträumig und langfristig orientierte Wissenschafts- und Forschungsmilieus in ihrer Bürger-

2 Zur Mehrung von sozialem Kapital bei der Entwicklung und Durchführung von Umweltprojekten siehe den Beitrag von Brigitte Geißel und Kristine Kern in diesem Band.

schaft aufweisen und deren ökonomische, politische und kulturelle Öffentlichkeit und Medien bereits ein Stück weit für Klima-, Boden und Wasserschutz, für Umweltkrankheiten etc. sensibilisiert sind, wo die moderneren Milieus ein sensibleres Naturverhältnis nicht nur von Staat und Wirtschaft erwarten und nicht nur als Bürgerpflicht verstehen, sondern als „persönliches Entwicklungsprojekt“ betreiben (Poferl u.a. 1997). Derart mit Entwicklungsressourcen gesegnet sind häufig die Kernstädte in den Agglomerationsräumen und alte Universitätsstandorte wie z.B. Stanford, in dessen Peripherie das legendäre Silicon Valley liegt (Castells/Hall 1994).

Um die Lokale Agenda 21 für die „Entwicklung der Entwicklungsressourcen“ auch in den weniger begünstigten europäischen Standorten besser zu nutzen, scheinen gleichzeitige und rekursive Anstrengungen auf allen Handlungsebenen erforderlich. Anders als die „stärkeren“ europäischen Städte und Regionen sind die „schwächeren“ auf eine sehr enge Koordination von Innovations-, Integrations- und Nachhaltigkeitspolitik angewiesen; sie brauchen den Transfer von Entwicklungsressourcen und -erfahrungen aus den benachbarten „starken“ Städten und Regionen, denen die Erweiterung ihres „innovation cluster“ ins Umfeld eher nutzt, als daß sie Rivalität einträgt; vor allem jedoch sind ihre Entwicklungschancen abhängig von der Verringerung des kontraproduktiven Produktivitäts- und Flexibilitätsdrucks durch eine entsprechende Welthandelsordnung, ihnen muß „Mut gemacht“ werden (Altwater 2000). Für die neue Qualität von Entwicklungsressourcen, die der Rohstoff für Innovation, Integration und Nachhaltigkeit gleichermaßen sind, ist auf der lokalen Ebene der „weiche“ argumentative Rahmen der Innovations-, Integrations- und Nachhaltigkeitspolitik (der Lokalen Agenda 21) nützlich; auf der globalen Ebene ist hingegen der „harte“ negotiative Rahmen der Welthandelsordnung gefordert, um den Produktivitäts- und Flexibilitätsdruck politisch so zu kontrollieren, daß sie auch in den „schwächeren“ Standorten eher stimulierend und kreativ wirken und weniger lähmend und destruktiv. Die nationale und europäische Ebene dazwischen können die lokal erzeugten „weichen“ Entwicklungsressourcen nutzen, um an dem „harten“ Rahmen für Innovation, Integration und Nachhaltigkeit mitzuarbeiten und diesen in demokratisch legitimatedes nationales Recht zu fassen. Dieser Rahmen wiederum erweitert ihre Chancen, ihre „schwachen“ Regionen und Städte mit „weicher“ Bildungs- und Forschungsinfrastruktur für die nachholende „Entwicklung der Entwicklungsressourcen“ zu fördern.³

3 Damit zeigt sich schließlich auch eine gewisse Ähnlichkeit zwischen der noch jungen globalen Nachhaltigkeitspolitik und der schon altbekannten Friedenspolitik. Die beiden internationalen Regime gleichen sich nicht nur darin, daß sie seit der Hochindustrialisierung zwischen 1945 und 1975 (Hobsbawm 1994/1998, Lutz 1984) fürs Überleben der Menschheit zwingend und dringend geworden sind. Die Nachhaltigkeitspolitik gleicht der Friedenspolitik auch insofern, als sie bei den Nationalstaaten auf die Entwicklung der Handlungsressourcen drängen muß. Wie das internationale Friedensregi-

2. Drei komplementäre Aufgaben: Lokale Innovations-, Integrations- und Nachhaltigkeitspolitik

Die europäischen Städte und Regionen sehen sich durch den informationstechnisch-organisatorischen Strukturwandel und durch die Globalisierung von Ökonomie, Kultur und Politik vor ungewohnt komplexe und dynamische, weiträumige und langfristige Gestaltungs- und Steuerungsaufgaben gestellt. Drei komplementäre Aufgaben – die lokale Innovationspolitik im Standortwettbewerb, die lokale Integrationspolitik für den sozialen Zusammenhalt der Stadt und die Nachhaltigkeitspolitik in der Form der Lokalen Agenda 21 – stehen im Vordergrund. Um sich im europäischen und globalen Standortwettbewerb einen Platz in den oberen Rängen der Entwicklungshierarchie zu sichern, müssen die Städte und Regionen Einrichtungen der Bildung und Wissenschaft gründen und forschungsorientierte Unternehmen ansiedeln. Damit können sie sich Chancen für die Beteiligung an der Entwicklung der Informations-, Gen-, Nano- und anderer neuer Techniken eröffnen und an deren Einkreuzung in bereits bestehende Produkte und Produktionsprozesse. Damit erschließen sie sich auch Chancen für die Beteiligung am wirtschaftlichen Wohlstand, den die neuen Technologien den Vorreitern versprechen. Die meisten Städte und Regionen betreiben Innovationspolitik zunächst weniger entlang eigener, lang gepflegter Traditionen und lang gehegter Ziele als vielmehr der Not rasch abnehmender gewerblicher Arbeitsplätze und steigender Sozialhilfeausgaben gehorchend. Entsprechend schwierig ist die Orientierung im raschen Strukturwandel.

Die Städte und Regionen müssen sich zweitens mit neuen Bildungs- und Beschäftigungsformen um den sozialen Zusammenhalt zwischen den neu und hoch qualifizierten Wissenschafts- und Dienstleistungsmilieus und den veraltet bzw. niedrig qualifizierten Industrie- und Verwaltungsmilieus bemühen. Neue „low tech“-Produkte (Hirsch-Kreinsen 1998), vor allem neue Dienstleistungen für den lokalen und regionalen Markt, müssen entwickelt werden, um Qualifizierungschancen und Erwerbsarbeit als Integrationsform für alle, auch für die Langzeitarbeitslosen zu wahren. In den bereits segregierten Stadtteilen ist zusätzlich die schwierige Kooperation in der ethnisch vielfältig differenzierten und konfligierenden Stadtteilbürgerschaft mit der Entwicklung und Durchführung gemeinsam interessierender Projekte zu unterstützen.

me immer schon davon abhängig war, daß die beteiligten Nationen intern mit der Achtung der Menschenrechte und mit demokratischen Strukturen die für „die Abwesenheit des Krieges“, für Handel und Öffentlichkeit (Kant 1795, Habermas 1995) notwendigen Handlungsressourcen und Vertrauenswürdigkeit schufen, so ist das globale Nachhaltigkeitsregime davon abhängig, daß die beteiligten Nationen die neue Qualität von Handlungsressourcen auf lokaler Ebene erzeugen. Nachhaltigkeitspolitik ist Friedenspolitik mit neuen Entwicklungsressourcen.

Drittens sind die Städte und Regionen durch die Vereinbarung der Globalen Agenda von Rio 1992 aufgefordert, bei Innovations- und Integrationspolitik, bei Wettbewerbs- und Gerechtigkeitspolitik die Lebensoptionen künftiger Generationen, deren künftige „capacity to produce well-being“ (Anand/Sen 1996) z.B. durch Klima- und Artenschutz zu wahren und für diese Nachhaltigkeit der globalen Entwicklung das immer noch wachsende Entwicklungsgefälle zwischen den reichen und armen Ländern z.B. in der Form von lokalen Nord-Süd-Klimaallianzen (Mayer-Ries 1999), aber auch mit Handels- oder Bildungsallianzen abbauen zu helfen.

Das enge Ergänzungsverhältnis zwischen diesen drei Aufgaben liegt auf der Hand. Erfolgreiche Innovationspolitik schafft neue lange Wertschöpfungsketten von der Grundlagenforschung bis zur Nutzungs- und Recyclingsdienstleistung; sie schafft Arbeitsplätze und insgesamt ein lernfreundliches kulturelles Klima in Stadt und Region. Nachhaltigkeitspolitik regt zu Innovationen bei Produkten und Produktionsverfahren an, fördert z.B. mit der energetischen Sanierung des Gebäudebestandes die Beschäftigung, regt zum Überdenken der hergebrachten Lebenswerte und zur Beratung von Grundsätzen einer fairen Ordnung der entstehenden Weltgesellschaft an, die auf die Entfaltung der individuellen Fähigkeiten von allen ausgerichtet ist. Integrationspolitik sorgt dafür, daß möglichst alle Talente in der Stadt gefördert werden, daß mißlingendes Leben, Armut und Eigentumskonflikte nicht den öffentlichen Raum beherrschen und daß der Umweltschutz auf der kommunalpolitischen Agenda nicht von Arbeits- und Ausbildungslosigkeit und deren sozialen Folgeproblemen verdrängt wird.

Doch so offensichtlich das Ergänzungsverhältnis zwischen den drei neuen Aufgaben der Städte und Regionen ist, so selten werden sie entsprechend koordiniert angegangen. Die Lokale Agenda 21 wird zwar hier und da für die Imagepflege und zur Verbesserung der lokalen Lebensqualität im Standortwettbewerb und für die Verbesserung der Lebensbedingungen in gefährdeten Stadtteilen genutzt, doch selten wird sie als unmittelbar hilfreiche Ergänzung für die lokale Innovations- und Integrationspolitik gesehen. Das liegt nicht nur an der Zuordnung der Lokalen Agenda 21 zur lokalen Umweltpolitik, an der Fragmentierung der kommunalen Politik und Verwaltung und an der seltenen Einstufung als „Chefsache“. Auch die unterschiedlich geordneten Wertskalen der verschiedenen, für die drei Aufgaben engagierten soziokulturellen Milieus und Wählergruppen tragen dazu bei, daß eine explizit komplementäre Bearbeitung unterbleibt. Schließlich weisen auch die Empfehlungen der nationalen Ebene und von Umweltverbänden zur Lokalen Agenda 21 nur selten und nur schwach auf dieses Ergänzungsverhältnis hin (vgl. Teubner in diesem Band und die Länderberichte in Lafferty 1999).

Wir können den Nutzen der Lokalen Agenda 21 für die lokale Innovations- und Integrationspolitik und deren gemeinsame Funktion für die nationale, eu-

ropäische und globale Nachhaltigkeitspolitik wesentlich deutlicher erkennen, wenn wir neben den wechselseitig nutzbaren Ergebnissen der drei Politiken ein zweites Ergänzungsverhältnis in Betracht ziehen: Wenn wir auch auf die neue Qualität von Handlungsressourcen achten, die für die Hervorbringen dieser Ergebnisse nötig sind und die – unter günstigen Bedingungen – in der Praxis, d.h. in der Kooperation an Leitbildern und Projekten der Innovation, Integration und Nachhaltigkeit auch entwickelt werden. Das sind: komplexere und flexiblere Formen der Kooperation, explorative Formen des Lernens und der individuellen Identität sowie vorausschauende Formen des Naturverständnisses und Naturverhältnisses.

Weil die kommunale bzw. regionale Selbstentwicklung und Selbstbehauptung im Standortwettbewerb ebenso wie die Integrations- und Nachhaltigkeitspolitik nur im freiwilligen Zusammenwirken vieler Akteure in der lokalen Wirtschaft, Kultur und Politik und unter Beteiligung der lokalen Öffentlichkeit zu leisten ist, müssen komplexe Netzwerkformen der lokalen Politik gefunden werden: *horizontal* sind nicht nur die verschiedenen Teile der Politik und Verwaltung zu koordinieren, sondern darüber hinaus auch Akteure der städtischen Ökonomie und Kultur einzubeziehen; weiter ist die Zusammenarbeit benachbarter Städte in der Region zu formen und gleichzeitig sind *vertikal* die kommunale Ebene von Politik, Ökonomie und Kultur mit der Landes-, Bundes- und Europaebene zu koordinieren. Wir können von einem „*diagonalen*“ Netzwerk sprechen, da all dies gleichzeitig versucht werden muß. Eine vielfältig vernetzte Kooperationen über die Grenzen von Funktionssystemen, Gebietskörperschaften und Politikebenen hinweg ist zu gestalten, die anders als bei sektoralen Netzwerken nicht durch staatliches Handeln ersetzt werden kann. Nicht der drohende „Schatten der Hierarchie“ kann für Kooperationsbereitschaft und Einigungskraft sorgen, sondern nur das gemeinsame langfristige Interesse und das „Licht der Öffentlichkeit“; dieses kann zugleich die Legitimationsprobleme der drei Entwicklungsnetzwerke mildern.

Zweitens ist nicht nur für die Nachhaltigkeitspolitik, sondern gerade auch für die Innovations- und Integrationspolitik ein komplexeres, ganzheitliches und vorausschauendes Natur- und Technikverständnis in der lokalen bzw. regionalen Öffentlichkeit eine notwendige Voraussetzung. Es kann nicht nur um den Schutz der unmittelbar umgebenden Natur gehen, und auch die Berücksichtigung globaler Stoffkreisläufe und die Steigerung der Ressourceneffizienz (Weizsäcker 2000) reichen zur Nachhaltigkeit nicht hin. Die Beteiligung der Stadt z.B. an der Entwicklung der Informations- und Gentechnik impliziert auch die Beteiligung an der individuellen und politischen Gestaltung der eigenen und der umgebenden Natur (Böhme/Schiemann 1997) und an der Lösung der damit einhergehenden ethischen und moralischen Probleme. Schließlich ist zu klären, in welchem Umfang national- und weltgesellschaftliche Verteilungskonflikte wie in der Vergangenheit durch erweiterte Naturnutzung gelöst wer-

den können oder breit akzeptable Grundsätze der fairen Kooperation erfordern, um eine Übernutzung der Natur zu vermeiden.

Drittens und vor allem verlangen komplexere Kooperationsformen und komplexeres Naturverhältnis die Fähigkeit möglichst vieler Akteure, ihre kognitiven, evaluativen und expressiven Handlungsfähigkeiten durch exploratives Lernen zu erweitern und diese Lernform zu lernen; sie verlangen weiter die Fähigkeit, faire Beziehungen über zahlreiche Ungewißheiten und Egoismen hinweg aufzubauen, und schließlich die Fähigkeit, übergreifende Konzepte des guten Lebens (Naturverständnis) und der fairen Kooperation (Gerechtigkeitsverständnis) zu entwickeln und im Streit zu vertreten.

3. Der Bedarf der lokalen Innovations- und Integrationspolitik an neuen Entwicklungsressourcen

3.1 Lokale Innovationspolitik

Für die Innovationspolitik im Standortwettbewerb beginnt sich die Netzwerkform seit Anfang der neunziger Jahre durchzusetzen. Entgegen der damals noch ungebrochen starken neo-liberalen Deregulierungsdogmatik konnte nach und nach durch empirische Untersuchungen (Porter 1990, Castells/Hall 1994) gezeigt werden, daß die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes und seiner Regionen nicht allein durch die Auflösung der nationalen sozialstaatlichen Regulationen des Marktes zu stärken ist; die bloße Abschaffung der hierarchisch-verrechtlichten Formen der nationalstaatlichen Regulierung der Güter- und Faktormärkte erwies sich in den entwickelten Ländern als ebenso unzureichend wie sich in den unterentwickelten Ländern die Durchsetzung der vom Internationalen Währungsfond geforderten Strukturen als destruktiv erwies. Und durch vergleichende empirische Untersuchungen konnte ebenso gezeigt werden, daß auch die herkömmlichen Formen der nationalen oder europäischen Industrie- bzw. Strukturpolitik angesichts der neuen Komplexität und Dynamik mehr oder weniger versagt haben (Heinelt 1996). Die Nutzung der Lernchancen, die mit den neuen Technologien und mit der Öffnung der nationalstaatlich und industrie-gesellschaftlich geprägten Ordnungen und Denkformen sich eröffnen, verlangt die kooperative Form der Wieder-Einbettung des Marktes im intermediären Raum zwischen den Funktionssystemen, zwischen den Gebietskörperschaften und zwischen den verschiedenen Ebenen politischen Handelns.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Städte, Regionen und Nationen wird wie eh und je durch die Produktivität der heimischen Unternehmen bestimmt. Diese stehen in einem mehr und mehr globalisierten Wettbewerb um Faktorkosten und technisch-organisatorischen Produkt- und Prozeßinnovationen, auf den die nationalen Regierungen einzeln und auch im europäischen Verbund mit den Mitteln der Struktur-, Währungs- und Zinspolitik nur noch sehr indirekt Einfluß nehmen können. Besonders die Produktivitätssteigerung durch die Verwertung neuen Wissens zu neuen Produkten und Produktionsverfahren ist nicht mehr nur abhängig von technischer und sozialer In-frastruktur, sondern darüber hinaus von komplexen Kooperationen hauptsächlich auf regionaler und lokaler Ebene. Ein dichtes Geflecht von sich gegenseitig stimulierenden und kooperationsfähigen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen („innovation clusters“; Porter 1990) auf lokaler (Mikro-) und regionaler (Meso-) Ebene (Esser u.a. 1995) unterstützt das Lernen. „Firmen müssen sich auf ihre Kernkompetenzen spezialisieren und sind zunehmend auf Dienstleister und unterstützende Institutionen angewiesen. Damit steigen die Anforderungen der Unternehmen an Standorte, d.h. die Regionen, in denen ihre Betriebe angesiedelt sind. Unternehmen sind daher in ihrer Standortwahl nicht frei, sondern werden solche Standorte wählen, an denen sie das leistungsfähigste Umfeld vorfinden (Zulieferer, Dienstleister, unterstützende Institutionen usw.), d.h. ein leistungsfähiges Mikroumfeld und einen gut entwickelten Mesoraum“ (Meyer-Stamer 1999, 5).

Gegenüber den „harten“ Standortfaktoren (Infrastruktur, hierarchisch-rechtliche Regulierung) gewinnen für die Innovationsökonomie die „weichen“ Standortfaktoren (Konsens- und Kooperationsfähigkeit der lokalen Akteure) an Bedeutung. Innovationen entstehen durch Interaktionen zwischen dem Unternehmen und seinen Kunden, Lieferanten, Branchenpartnern, Technologieinstituten, Ausbildungseinrichtungen, Banken, Förderungseinrichtungen etc. „Sind Unternehmen einer Branche und Technologieinstitute räumlich konzentriert, so kann es zu einem dichten Geflecht an formellen und informellen Kooperationsbeziehungen und an Informationsaustausch kommen. Es entstehen positive externe Effekte, weil Unternehmen z.B. Informationen über neue Lieferanten oder Prozeßtechniken nicht geheim halten können. Weil dies allen Unternehmen so geht, entsteht ein Positivsummenspiel, d.h. alle Unternehmen profitieren – der Nutzen durch die Teilhabe an Informationen aus anderen Unternehmen ist größer als die Kosten der Informationspreisgabe. In einem solchen Geflecht laufen Lernprozesse in den Unternehmen schneller ab als in Firmen, die isoliert operieren. Andere ökonomische Vorteile räumlicher Nähe kommen hinzu: Die Transaktionskosten zwischenbetrieblicher Beziehungen sind geringer als bei entfernten Unternehmen, weil die hohe Informationsdichte und -transparenz aufwendiges Einholen von Informationen und die detaillierte Kontrolle der Interaktionen unnötig machen. Wenn Unterneh-

men häufig zusammenarbeiten kann überdies der Aufwand für Vertragsgestaltung weit geringer ausfallen“ (Meyer-Stamer 1999, 7)

Solche Standortqualitäten sind besonders für neue Industrien und für Klein- und Mittelbetriebe entscheidend; alte Industrien haben kaum noch „Geheimnisse“ im Sinne eines sich rasch ändernden Wissens und entsprechend geringere Anforderungen an die „weichen“ Qualitäten eines Standorts. Meyer-Stamer unterscheidet drei idealtypische Konstellationen des Standortwettbewerbs (1999, 8) die um eine vierte ergänzt werden können und die, wie wir sehen werden, als Konstellationen auch für die „Rahmenfunktion“ der Lokale Agenda 21 von Bedeutung sind.

- Erstens der Standortwettbewerb um das Halten oder die Ansiedlung von alten Industrien (Stahl, Chemie, Auto), ausgetragen zwischen alten und neuen Standorten, ausgetragen meistens mit der Unterbietung von Faktorkosten. Hier haben neue Standorte in Schwellenländern mit weniger hohen Löhnen, Steuern und Umweltauflagen gute Chancen (*defensive Industrieregion*).
- Zweitens die Konkurrenz zwischen neuen Lern- und Wissensregionen“ untereinander, um neue Industrien (Information, Medien, Pharma, Biotechnik etc.); hier entwickelt sich aus den Aktivitäten einzelner Unternehmen, Ausbildungs- und Beratungseinrichtungen und Verwaltungen allmählich eine Dynamik, die erst spät überregionales Interesse für die Ansiedlung weckt und dann kaum durch Ansiedlungssubventionen gestützt werden muß (*explorative Agrarregion*).
- Die dritte Konstellation betrifft die altindustriellen Regionen, die sich zur Lern- und Wissensregion entwickeln sollen, weil ihre alten Industrien abwandern und sie in einen Subventionswettkampf nicht eintreten können oder wollen; hier liegt die Initiative vor allem bei der Politik, die gegen eine Vielzahl von strukturkonservativen Akteuren und gegen das große Beharrungsvermögen traditioneller Milieus und Wählerschaften eine neue Grundorientierung durchsetzen muß (*explorative Industrieregion*).
- Die zweite und die dritte Konstellation verbindet die Konkurrenz gegenüber der vierten: den eigendynamisch wachsenden „*global cities*“ (Sassen 1994), die einerseits mit Lern- und Wissensfaktoren reichlich gesegnet sind, andererseits die Bewohnerschaft mit hohen Grundstücks- und Lebenshaltungskosten belasten.

Mit den vier Konstellationen des Standortwettbewerbs variieren die Faktoren, die den Standort für bereits ansässige und standortsuchende Unternehmen mehr oder weniger attraktiv machen. Alte Industrien achten mehr auf „harte“ Standortfaktoren⁴, neue Industrien achten mehr auf „weiche“, von denen so-

4 Nähe zum Absatzmarkt, Verkehrsanbindung, Arbeitsmarkt, Flächenangebot, Abgaben etc.

wohl unternehmens⁵ wie personenbezogene⁶ Bedeutung haben. Es ist einleuchtend, daß zwar die harten Standortfaktoren mit den herkömmlichen, hierarchischen Formen der nationalen oder europäischen Industriepolitik und lokaler Wirtschaftsförderung erzeugt werden können, nicht aber die weichen, denn der Komplexitätsgrad der weichen Standortfaktoren ist wesentlich höher. Auch Marktakteure, die inzwischen gelernt haben, mit Hilfe der Informationstechnik einige der harten Standortfaktoren wie z.B. Straßen bereitzustellen, würden ohne die Kooperation mit Akteuren aus Kultur und Politik an den sehr viel komplexeren weichen Standortfaktoren scheitern.

Denn eine „Lern- und Wissensregion“ (Matthiesen u.a. 1999) ist das Ergebnis langfristiger Entwicklungsprozesse. Deren Ursprung ist nicht selten der Kooperation zwischen einigen wenigen charismatischen und risikobereiten Akteuren zu verdanken. Die Ausreifung des höchst komplexen Sets von „weichen“ Standortfaktoren ist ein mühevolleres und langwieriges Geschäft. Standortpolitik ist weniger von eitel Konsens auf der Grundlage gemeinsamer Werte und harmonischer Kooperation im gemeinsamen Interesse geprägt, sondern eher von vielfältigen und sich überlagernden Rivalitäten und Konflikten: innerhalb und zwischen Akteuren von Politik, Ökonomie und Kultur, zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften sowie zwischen den jeweiligen Akteuren auf den verschiedenen territorialen Handlungsebenen. Durch „Grenzöffnungen“ wird die Kooperation beflügelt aber auch durch „Öffnungsprobleme“ (Ortmann/Sydow 1998) belastet, wie z.B. durch den Mangel an parlamentarischer demokratischer Kontrolle und Legitimation. Weil es für diese komplexe Konkurrenz und Kooperation eine hierarchisch koordinierende zentrale Autorität weder gibt noch geben kann, sind die Lern- und Wettbewerbsanstrengungen für die Herstellung „weicher“ Standortfaktoren in Politiknetzwerken gekennzeichnet von gleichzeitig hohen Dissens- und Defektrisiko- und ebenso hohen Konsens- und Kooperationschancen⁷.

Diese Chancen und Risiken bestehen, um das Feld noch unübersichtlicher zu machen, jeweils auch noch in zweierlei Hinsicht: Einmal bei der Erarbeitung und Auswahl von Problemlösungen, wo sich bei sonst gleichwertigen Projek-

5 U.a. Branchendichte, unternehmensbezogene Dienstleister, Leistungsqualität der Verwaltung und der Verbände, Kooperationschancen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Transferstellen zu den Unternehmen, Weiterbildung, Finanzierungs- und Beratungseinrichtungen für Gründer, Image der Region

6 U.a. Wohnungsmarkt, Umwelt, Schulen, Freizeitwert, Kultur etc.

7 Solche Dissensrisiken sind für moderne Gesellschaften die Normalität. Sie werden durch verfahrensgerechte Rechtsetzung und Rechtsprechung eingedämmt (vgl. Habermas 1992). Politiknetzwerke müssen weitgehend ohne Recht als Koordinationsmittel auskommen, wollen sie ihre Flexibilität und Komplexität nicht aufs Spiel setzen. Sie müssen sich gegen das Dissensrisiko mit anderen Mitteln schützen. Aus gemeinsam entwickelten Werten formulieren sie Leitbilder und entwickeln ungeschriebene Regeln der fairen Kooperation, deren überprüfbare Einhaltung nach und nach Vertrauen schafft und exploratives Lernen unterstützt.

ten das Optionsdilemma stellt („Battle of Sexes“: Wer gibt bei gleichwertigen Optionen seine eigene auf?) und zweitens bei der Erarbeitung und Auswahl von Interessenkompromissen, bei dem sich für jeden Akteur das Optimierungsdilemma stellt („Gefangenendilemma“: Wer steigert seinen Vorteil durch Trittbrettfahren bzw. Sich-Absetzen?). Je nach Nutzung der Chancen und Vermeidung der Risiken entwickelt sich eine eher defensive, exklusive, konservative Akteurskonstellation der negativen Koordination (Scharpf 1973) oder ein eher exploratives, inklusives und evolutionäres Netzwerk der positiven Koordination.

In jedem Fall müssen die beteiligten Organisationen und Individuen ihre gewohnten und Gewißheit stiftenden Handlungs- und Denkkordnungen ein Stück weit zur Disposition stellen und irritierende Ungewißheiten in Kauf nehmen, um die „weichen“ Standortfaktoren im gemeinsamen Interesse zu erzeugen. Die entscheidende Ressource ist dabei die weniger auf private als auf politische Autonomie, weniger auf Abgrenzung als auf Gestaltung und Erfindung ausgerichtete „positive“ und „explorative“ Individualität möglichst vieler Akteure, die abhängig ist von einer lernfreundlichen und solidarischen sozialen Umwelt (Leu/Krappmann 1999, Oesterdiekhoff 1997). Doch genau diese Individualität soll mit der neuen Politikform erzeugt werden. D.h. wir haben es mit einem „Henne-und-Ei-Problem“ bzw. mit einem rekursiven Prozeß der objektiven und zugleich subjektiven Strukturbildung (Giddens 1984/1992) zu tun, in dem zunächst wenige charismatische Individuen unter hohen Akzeptanz- und Statusrisiken den Anfang zur neuen Komplexität und Komplementarität der Funktionssysteme machen müssen (Lipp 1994, Grimm 2000), die Strukturen ein Stück weit öffnen für explorative Kooperation (nicht zu viel und nicht zu wenig, gemessen an den allgemeinen Bereitschaften und Fähigkeiten), Alternativen anbieten und damit den Rahmen schaffen, in dem andere dann ihre Individualität ebenfalls positiv und explorativ entwickeln können, um schließlich die objektiven sozialen Strukturen noch lernfreundlicher, komplexer und demokratischer gestalten zu können.

In dem Wechselspiel zwischen dem Lernen von Individuen und dem Lernen von Organisationen und ganzen Städten und Regionen im Wettbewerb um „weiche“ Standortfaktoren wird die Ungewißheit, die von dem sich rasch wandelnden Naturbegriff ausgeht, oft unterschätzt. Die neuen Technologien, die den Strukturwandel und die Globalisierung antreiben, stellen unseren tradierten Naturbegriff gründlich infrage und schaffen damit Irritation im Kernbereich unserer Kultur (Schäfer 1993). Der Informationstechnologie kommt hier erneut eine Schlüsselfunktion zu. Sie schafft uns nicht nur eine um ein Vielfaches genauere Aufklärung über die nichtintendierten Nebenfolgen unseres Umgangs mit der Natur und setzt damit politisches Handeln in Gang (Dewey 1927, dt. 1996). Und sie hilft uns nicht nur bei der Steigerung der Ressourceneffizienz, um bei weiter steigender Produktion nicht zuletzt für die armen

Länder die Nebenfolgen von Produktionsprozessen und Produktnutzungen zu verringern (v. Weizsäcker u.a. 1997). Sie eröffnet für die Biotechnologie auch den Weg, in die generativen Strukturen des Lebens vorzudringen, die Natur nicht mehr nur durch körperliche oder maschinelle Arbeit für unsere Zwecke umzuformen, sondern in der Keimbahn zu gestalten und setzt damit eine neue Qualität von Chancen und Risiken frei. Natur kann jetzt nicht mehr als etwas Gegebenes vorausgesetzt werden, das zu nutzen und zu schützen ist. Natur wird zu etwas, das zu gestalten ist. Es gibt keine unberührte Natur mehr; wir müssen jetzt politisch aushandeln, „welche Natur wir überhaupt wollen“ (Böhme 1992, 24). Die Fähigkeit zur politischen Verständigung darüber „welche Natur wir überhaupt wollen“ wird unvermeidlich zu einem der wichtigsten „weichen“ Standortfaktoren: wenn z.B. die Rhein-Main-Region zu einem erfolgreichen Standort für „life science“ werden soll, dann müssen die Chancen und Risiken geklärt und Optionen von der aufgeklärten und kritischen Regionalbürgerschaft breit akzeptiert werden. Andernfalls werden „life sciences“ nicht im erhofften Umfang als Studienfach gewählt und zur Grundlage für Produktideen gemacht, wird die Akzeptanz von Forschungsvorhaben gefährdet und das globale Ansehen des Standorts durch Konflikte geschmälert.

Schließlich ist zu beachten, daß die lokalpolitischen Bemühungen um „weiche“ Faktoren im Standortwettbewerb unter den Bedingungen eines weitgehend deregulierten Weltmarkts stattfinden. Dessen politisch ungesteuerten Produktivitäts- und Flexibilitätsanforderungen erschüttern die Grundgewißheiten der Solidarität und damit die Fähigkeit zum Lernen und die Chancen für eine offene Form der Identität in allen Milieus, besonders aber in den defensiv-konservativen Milieus der Mittel- und Unterschicht und auf allen Altersstufen, besonders aber bei Kindern (Sennett 1998, Keupp 1999). D.h. lokale Innovationspolitik ist ein Arbeiten gegen den globalen Produktivitätsdruck der deregulierten Finanzmärkte. Der Rohstoff für die „weichen“ Standortfaktoren, besonders für Lernfähigkeit und Lernbereitschaft – nämlich offene, positive und explorative Individualität, kann durch die Globalisierung der Ökonomie, durch sozial ungesicherte Flexibilisierung, Arbeits- und Ausbildungslosigkeit noch schneller zerstört, als mit den „weichen“ Standortfaktoren die Regenerationsfähigkeit dieses Rohstoff zu sichern ist. Dieses Problem verbindet Innovations- und Integrationspolitik. Für letztere stellt sich die Lage deshalb nicht viel anders dar.

3.2 Lokale Integrationspolitik

Wenn es der lokalen Innovationspolitik vor allem darum geht, gegen den Produktivitäts- und Flexibilisierungsdruck des globalen Kapitalmarkts in fairen und Vertrauen sichernden Kooperationsformen Lernbereitschaft und Lern-

fähigkeit und ein komplexeres Naturverständnis zu schaffen und aus der Stadt und Region eine netzwerk-unternehmerisch orientierte „Lern- und Wissensstadt“ zu machen, gilt dies für die lokale Integrationspolitik in entsprechender Weise. Während sich die Stadt mit Innovationspolitik die Anschlußfähigkeit an die globale Entwicklung von Ökonomie, Kultur und Politik zu sichern versucht, muß sie mit Integrationspolitik die Anschlußfähigkeit der Verlierer im Strukturwandel durch eben diese Kooperations-, Lern- und Naturformen zurückgewinnen. Damit ergibt sich auf der Ebene der Handlungsressourcen wieder ein Ergänzungsverhältnis zu Innovations- und Nachhaltigkeitspolitik.

Lokale Integrationspolitik kann als Bildungs- und Beschäftigungspolitik im günstigen Fall mindestens drei bedeutende „weiche“ Standortfaktoren produzieren. Sie kann mit der Entwicklung innovativer Produktionsnetzwerke für einfache Dienstleistungen und für die Veredelung einfacher Güter wesentlich zur Verbesserung der personen- und unternehmensbezogenen „weichen“ Standortfaktoren beitragen. Das können neue Dienstleistungen im Personennahverkehr, im Haushalt und Wohngebiet, im innerstädtischen Einzelhandel, im Schulsystem, im Umweltschutz und im Sport sein; das kann aber auch der personalintensive ökologische Landbau sein. Lokale Integrationspolitik trägt zweitens mit einer breit verstandenen Bildungspolitik in Familien, Nachbarschaften und Stadtteilen dazu bei, das lokale Angebot von potentiellen Talenten für komplexe Lern- und Kooperationsprozesse zu erweitern. Drittens verringert sie vor allem durch Beschäftigungspolitik soziale Konflikte (bis hin zu alltäglicher Gewaltpräsenz), die aus der dauerhaften Ausgrenzung aus der lokalen Ökonomie, Kultur und Politik und aus den daraus erwachsenden Identitäts- und Integrationsproblemen erwachsen; sie hilft die soziale Spaltung der Stadt bzw. Region und das weitere Wachsen von Gewaltpotentialen zu vermeiden. Diese drei zusätzlichen weichen Standortfaktoren die die Integrationspolitik für den Standortwettbewerb beizusteuern vermag, brauchen denselben langen Atem und dieselbe breite Vernetzung wie diejenigen der Innovationspolitik. Wie die Innovationspolitik die „harten“ Standortfaktoren durch die „weichen“ ergänzt, muß es der modernen Integrationspolitik darum gehen, neben der Sicherung von Grundgütern (Wohnung, Transfereinkommen, Sicherheit) die Chancen für den Erwerb von kommunikativen, evalativen und technischen Grundfähigkeiten sowohl in den systemischen wie in den intermediären Formen der Kooperation entscheidend zu erweitern.

Dieser zur lokalen Innovationspolitik komplementären Integrationspolitik stehen beachtliche Abwehren in Gestalt von industriegesellschaftlichen „System- und Abhängigkeitsmentalitäten“ aufseiten der Experten und Betroffenen entgegen. So beharren Arbeitsmarktexperten noch immer darauf, daß der Preis der Arbeit der entscheidende Schlüssel zur Beschäftigung niedrig qualifizierter Langzeitarbeitsloser ist. Sie fordern z.B. einen Niedriglohnsektor, auf dem vor allem Zeitarbeitsfirmen als Nachfrager erwartet werden. Die Arbeits-

marktexpertisen für die OECD-Staaten unterscheiden sich hier weniger im Grundsatz als in den Graden, mit denen die vom Systemmechanismus des Preises verursachte Lohnspreizung durch sozialstaatliche Lohnsubventionen eingeschränkt werden soll (Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit 2000, Streeck/Heinze 1999). Diese makroökonomische Sicht der Arbeitsmarktpolitik hat den Wechsel vom Kosten- zum Innovationswettbewerb, vom „lean“- zum „learning management“ und vom isolierten Einzelunternehmen zum Produktionsnetzwerk, den die Standortpolitik (mit Ausnahme der defensiven Variante in alten Industriestandorten, s.o.) vollzogen hat, noch vor sich (Bäcker 1999, Bosch 1999, Hirsch-Kreinsen 1999, Heinelt 1996). Für die befristet geförderte Entwicklung neuer Dienstleistungen als „weiche“ Standortfaktoren und die Entwicklung von stabilen Arbeitsbeziehungen in aktivierenden und lernfreundlichen Produktionsnetzwerken für „einfache“ Dienstleistungen braucht die lokale Integrationspolitik von nationaler und europäischer Ebene andere, nämlich auf Innovation und Unternehmensgründung gerichtete Impulse. In allerersten Ansätzen versucht die Europäische Kommission mit dem Programm „Drittes System und Beschäftigung“ solche Impulse zu geben (Mühlich/Mühlich-Klinger 1999).

Die „Verlierer“ des technisch-organisatorischen Strukturwandels nehmen eine ähnliche Abhängigkeits- und Abwehrhaltung ein wie die Experten, die ihnen aus der Langzeitarbeitslosigkeit heraushelfen wollen. Es sind überwiegend die Haushalte von veraltet oder niedrig qualifizierten Arbeitnehmern mit geringen Beschäftigungs- und Einkommenschancen. Aus unterschiedlichen Nationalitäten und Ethnien zusammengesetzt, bilden sie den Großteil der Stadtteilbürgerschaft in den Siedlungen mit den restlichen Sozialwohnungsbeständen aus den siebziger Jahren am Stadtrand. Sie gehören überwiegend den unterprivilegierten Arbeitnehmersmilieus und den kleinbürgerlichen Milieus an; sie denken, werten und handeln ganz überwiegend noch eher hierarchiegebunden als eigenverantwortlich (Vester 1999). Ihre Erwerbsbiographie ist geprägt von Ausbildungen und Erfahrungen in heute weitgehend veralteten industriellen, administrativen und handwerklichen Produktionsformen. Sie haben in hierarchischen bzw. bürokratischen industriegesellschaftlichen Kooperationsformen in Familie, Nachbarschaft und Erwerbsarbeit ganz überwiegend eine Abhängigkeitsmentalität erworben, die sie hindert, in Familie und Nachbarschaft moderne, d.h. komplexere und offenere Kooperationsformen eigenverantwortlich zu entwickeln und zu pflegen und in der Stadt bzw. Region Zugang zu modernen Formen der Wirtschaft, Kultur und Politik zu finden. Sie waren kaum beteiligt an der „Teilnahme- und Bildungs-Revolution“ der sechziger und siebziger Jahre und stehen deshalb dem gegenwärtigen Strukturwandel in Wirtschaft, Politik und Kultur meist ratlos oder ablehnend gegenüber. Ihr Selbstvertrauen und ihre Handlungsfähigkeit in modernen, lernfreundlichen Formen der Kooperation in Projekten auf den verschiedenen

Handlungs- und Integrationsebenen (Nachbarschaft, Stadtteil, Stadt/Region) und -formen (Milieu- und Systemintegration) zu stärken, ist daher die vorrangige Aufgabe, wenn diese Stadtteile und ihre Bürgerschaft nicht auf Dauer von Transfereinkommen abhängig und von der politischen und kulturellen Mitgestaltung der nachindustriellen Lebensformen ausgeschlossen sein sollen.

Demgegenüber sind die modernen Arbeitnehmersmilieus der „neuen Mitte“ in den gefährdeten Stadtteilen kaum vertreten. Das seit den sechziger Jahren entstehende „leistungsorientierte Arbeitnehmersmilieu“ (westliche Bundesländer 18%, östliche ca. 9%; Vester 1999) hat die wachsenden Teilnahmechancen in Betrieb, Politik und Bildung genutzt, hat verhandeln gelernt und ist bereit, Verantwortung zu übernehmen; es hat seit den sechziger Jahren die wachsenden Bildungschancen genutzt, die Entwicklung neuer Dienstleistungsberufe und neuer Technologien mitgemacht und gelernt, eigenverantwortlich zu handeln; besonders Frauen haben die wachsenden Individualisierungschancen genutzt, haben individuelle Entwürfe „guten Lebens“ entwickelt und oft streitig gegen ihre Herkunftsmilieus durchgesetzt. Noch seltener ist das in den achtziger und neunziger Jahren entstandene und weiter rasch wachsende junge „moderne Arbeitnehmersmilieu“ (7%) in den gefährdeten Stadtteilen anzutreffen; es ist im Strukturwandel aufgewachsen und trägt ihn, hat häufig Hoch- und Fachhochschulabschluß, sucht unkonventionelle Lebens- und Politikformen und hält Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung, soziale und ökologische Mitverantwortung für selbstverständlich.

Aus diesem sehr groben Vergleich der Milieus wird deutlich, was heute die Sozial- und Beschäftigungspolitik für die gefährdeten Stadtteile einerseits schwierig macht, andererseits aber auch als möglich erscheinen läßt. Erschwerend ist neben der wieder zunehmenden ökonomischen Ungleichheit der Beschäftigungs- und Einkommenschancen vor allem der wachsende kulturelle Abstand zu den modernen Milieus, die kulturelle Ungleichheit der Erfahrungs- und Lernchancen in den mehr und mehr unterschiedlichen Handlungskontexten⁸. Möglich erscheint die Einbeziehung der gefährdeten Stadtteile in die

8 Das war bei früheren Stufen des Strukturwandels anders. Der Wechsel aus der Landwirtschaft, dem Handwerk oder aus dem Bergbau in die expandierende Konsumgüterindustrie war auch in den fünfziger und sechziger Jahren ein konfliktreicher und für die einzelnen ein oft genug tragischer Milieuwechsel. Aber es war ein Wechsel aus Arbeitsbereichen mit jeweils komplexem Erfahrungswissen und von Selbständigkeit geprägten Kooperationsformen ans Fließband, wo ein rasch zu erwerbendes instrumentelles Teilwissen, die Unterwerfung unter die Betriebsdisziplin und die Beteiligung an der Gewerkschaftssolidarität für die Teilhabe am Wirtschaftswachstum weitgehend gereicht haben. Der Wechsel heute in die auf hoch komplexes und dynamisches Wissen gestützte Produktion erfordert demgegenüber einen Komplexitäts- und Wissenssprung, der von den sozial und räumlich ausgegrenzten Haushalten aus den unteren und mittleren Arbeiter- und Angestelltenmilieus in einer Generation kaum zu leisten ist. Verlangt ist nicht, wie in den fünfziger Jahren, das Vergessen von Selbständigkeit und Erfahrungswissen, son-

Stadtentwicklung, weil die „neue Mitte“ durchaus den Wert des sozialen Zusammenhalts in der Stadt als „weichen“ Standortfaktor erkennt und dafür auch ein städtisches Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Standortsicherung einzugehen bereit scheint. Entscheidend für die Akzeptanz der Integrationspolitik ist unter diesen Umständen die Einbeziehung und Einübung der „Ausgegrenzten“ in die modernen Formen der Kooperation; nur durch „learning by co-operative doing“ können die im Standortwettbewerb entscheidenden Grundfähigkeiten erworben werden.

Lokale Integrationspolitik muß ihr Angebot an neuen Kooperationsformen, in denen Grundfähigkeiten erworben werden, stärker differenzieren als die Innovationspolitik. Sie muß Kooperationen auf drei Ebenen gestalten:

- Erstens *Nachbarschafts-Kooperationen* zur Milieuintegration in der unmittelbaren Nachbarschaft; z.B. für Kinderbetreuung und Entwicklungsförderung, für Mittagstische, Altenhilfe und -pflege, für hauswirtschaftliche und sozial-kommunikative Hilfen in belastenden Situationen;
- Zweitens *Stadtteil-Kooperationen* für die Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil: für die Entwicklung der lokalen Ökonomie in Form von Kleinbetrieben und Tauschringen; für die Gestaltung der Stadtteilkultur z.B. in Sport, Tanz, Musik, Film in Zusammenarbeit etwa mit der Stadtteilschule; für politische Beratung und Entscheidung z.B. über die Priorität einzelner öffentlich geförderter Projekte oder über den Stadtteil insgesamt betreffende Fragen;
- Schließlich drittens *Stadt- und Regional-Kooperationen* für die Integration des Stadtteils in die Ökonomie, Kultur und Politik auf Stadt- und Regionalebene: Erschließung neuer Märkte für niedrigproduktive Dienstleistungen, Aufbau eines Kreises von Partnerunternehmen für den Stadtteil, Anschluß des Stadtteils an die Innovationspolitik, Einrichtung und Betrieb von Stadtteilniederlassungen städtischer Kulturträger (z.B. Freilichtbühne des Theaters), Beteiligung des Stadtteils an der Lokalen Agenda 21 u.a.m.

Der Wertschöpfungskette, mit der die Stadt den Anschluß an den globalen Markt sucht, müssen mit der Erfindung neuer, vorerst niedrigproduktiver und degressiv förderungswürdiger Dienstleistungen zusätzliche Kettenglieder der Wertschöpfung angehängt werden, die bis in die benachteiligten Stadtteile hinunterreichen. Ergänzende Dienstleistungen müssen erfunden und in den zahllosen Nischen der weitgehend offenen modernen Produktionsnetzwerke mit kompatiblen organisatorischen Formen eingefügt werden.

dern umgekehrt das Lernen des selbständigen Lernens. Eigeninitiative, Lern- und Kommunikationsfähigkeit und Problemlösungskompetenz sind die Schlüsselqualifikationen der in der Entstehung begriffenen wissensintensiven Dienstleistungsgesellschaft. Selbst in den Dienstleistungsbereichen, die geringe Anforderungen an die formalfachliche Qualifikation stellen, sind mündliche und schriftliche Kommunikationsfähigkeit, Eigeninitiative und Selbstverantwortung unerlässlich.

Wie im Falle der Innovationspolitik ist für die Nutzung der Möglichkeiten und die Überwindung der Schwierigkeiten die Kooperation über sowohl funktionale wie segmentäre und skalare Grenzen hinweg in einem höchst komplizierten und labilen dreidimensionalen Politiknetzwerk notwendig. Auch für die weniger „helferisch“ als „unternehmerisch“ geprägte Integrationskooperation an einer Vielzahl von Projekten gilt, daß der bürokratische „Schatten“ einer zentralen Autorität nichts ausrichten, daß die Kooperationsbereitschaft aller verantwortlichen und interessierten Akteure eher mit dem „Scheinwerfer der Öffentlichkeit“ gestärkt werden kann. Und ebenso wie für die Innovationskooperation braucht diese komplexe und fragile Kooperation einen „weichen“ Rahmen von breit akzeptablen Grundsätzen, aus denen Projekte zu entwickeln und zu bewerten sind. Wie für die Innovationspolitik gilt auch, daß der neue Handlungsrahmen die Überwindung defensiver Formen des Lernens fordert und den Erwerb explorativer Lernhaltungen zugleich erleichtert. Die Integrationspolitik tut sich hier bei der Einbeziehung der veraltet bzw. gering qualifizierten Milieus der Industriegesellschaft in neue Lernformen besonders schwer. Nicht nur diese Milieus, auch ihre Interessenvertreter und Helfer-Experten sind dem defensiven Lernen verhaftet. Schließlich gilt für die Integrationspolitik auch, daß sie sich von den industriegesellschaftlichen Naturkonzepten lösen muß. Vereinfacht: Innovations- und Nachhaltigkeitspolitik machen mit den komplexeren Naturkonzepten, mit komplexeren „high tech“-Produkten und -Produktionsprozessen die alten Industrieberufe arbeitslos und verteuern ihnen auch noch Auto und Benzin. Der Berufsstolz der heute rasch abnehmenden traditionellen Industriearbeiterschaft wie auch ihre Natur- und Körperästhetik sind von ihrer Findigkeit und Tüchtigkeit bei der unmittelbaren Naturbearbeitung in der industriellen Massenproduktion und bei informellen Regelungen ihrer unmittelbaren Kooperation ebenso geprägt worden, wie sie durch den Ausschluß aus den offiziellen Entscheidungsprozessen in der noch vielstufigen Dispositions- und Kontrollhierarchie gebrochen wurden (Wolf 1998). Gleichzeitig hatten sie die relativ geringsten Chancen, ihre technischen Fähigkeiten nach eigenem Gutdünken bei Bau und Instandhaltung einer Wohnung in erreichbarer Nähe zu ihrem Arbeitsplatz zu nutzen. Heute vergrößert sich der Abstand zur Natur im Produktionsprozess durch Automatisierung und die Arbeitnehmer werden als „Intrapreneurs“ in die offiziellen Entscheidungsprozesse mehr und mehr einbezogen. Beides ist den altindustriellen Milieus fremd. Lokale Integrationspolitik dürfte dann besonders aussichtsreich sein, wenn sie lokale „low tech“-Märkte für Güter und Dienste mit Produktionsnetzwerken organisiert, in denen die technischen Findigkeit und Tüchtigkeit ebenso zum Tragen kommen können wie das reiche implizite Wissen für die informelle Selbstorganisation, das am unteren Ende der Hierarchie gesammelt wurde und die milieuspezifischen Formen von Familie und Nachbarschaft positiv und negativ geprägt hat (Mühlich/Mühlich-Klinger 2000).

4. Der mögliche Beitrag der Lokalen Agenda 21 zur Entwicklung der Entwicklungsressourcen

Eingangs habe ich zwei Merkmale der Lokalen Agenda 21 genannt, die sie bei der Entwicklung der Entwicklungsressourcen (Kooperationsformen, Lernformen, Naturformen) für die lokalen Innovations- und Integrationspolitik nützlich machen könnten. Zum einen ist die Lokale Agenda 21 von Investitions- und Rivalitätsrisiken, von Options- und Optimierungsdilemmata weniger belastet als Innovations- und Integrationspolitik. Zum anderen steht der Lokalen Agenda 21 mit dem universal akzeptablen Nachhaltigkeitsgrundsatz ein Verständigungsmittel zur Verfügung, das von der Innovations- und Integrationspolitik mitgenutzt werden kann. Dabei stellt sich die Frage, ob und wie diese beiden Merkmale der Lokalen Agenda 21 besonders für die im aktuellen Standortwettbewerb „schwächeren“ Städte und Regionen genutzt werden können.

Der Überblick über die hohe Komplexität und die vielfältigen Risiken der mehrfach (funktional und segmentär) horizontalen und vertikalen, d.h. diagonalen Politiknetzwerke für die lokale Innovations- und Integrationspolitik hat insbesondere das hohe Dissensrisiko hinsichtlich der Wahl der Problemlösungen im Optionsdilemma und hinsichtlich des Interessenausgleichs zwischen den Akteuren und deren Optimierungsdilemmata verdeutlicht. Die „Androhung“ einer zweit- oder drittbesten Ersatzlösung durch den lokalen Staat („Schatten der Hierarchie“) kann das Dissensrisiko kaum reduzieren, denn sie ist bei der Komplexität der Aufgaben von vorneherein nicht sehr glaubwürdig.⁹ Der kooperative lokale Staat muß mit den lokalen Akteuren aus Kultur und Ökonomie von gleich zu gleich auf der Basis von Freiwilligkeit und von wechselseitiger Abhängigkeit verhandeln und sich für diese Verhandlungen legitimierende Vorgaben und Verhandlungsspielräume vom lokalen Parlament geben lassen. Für den Erfolg der Kooperation sind schließlich Gleichrangigkeit, Freiwilligkeit und wechselseitige Abhängigkeit zwar notwendige, aber häufig noch keine hinreichenden Voraussetzungen. Es muß hinzukommen, daß die gemeinsame Arbeit an der jeweiligen Problemlösung und die Offenheit fürs Lernen mindestens zeitlichen Vorrang haben vor dem Interessenausgleich¹⁰.

In Anbetracht dieser gewiß noch unvollständigen Liste von Dissensrisiken ist es offensichtlich, daß für die lokalen Netzwerke zur Innovations- und

9 Immer häufiger auch werden finanzielle Zuwendungen für die lokale Innovations- und Integrationspolitik von nationaler und europäischer Ebene von der Kooperation in Politiknetzwerken abhängig gemacht (vgl. Heinelt 1996).

10 Wenn der Interessenausgleich den Vorrang hat, hat ein Politiknetzwerk eher die Defensivfunktion der Statussicherung für die beteiligten Akteure und muß dann als „nicht-produktives“ Netzwerk gelten (Fürst/Schubert 1997).

Integrationspolitik neben den gemeinsamen Interessen der Akteure an den „weichen“ Standortfaktoren die Gemeinsamkeit von Werten und Wertebindungen hilfreich sein kann. Werte sind der Stoff, aus dem Individuen sich im Zusammenhandeln und in der Auseinandersetzung mit anderen selbst bilden. Aus oft genug widersprüchlichen Werten fügen sie zugleich ein widersprüchliches Ich-Ideal wie auch ein ebenso widersprüchliches Ideal der sozialen Verhältnisse und ihres Verhältnisses zur eigenen und zur umgebenden Natur zusammen. Und mit widersprüchlichen Werten treffen sie die Wahl zwischen widersprüchlichen Wünschen bzw. Interessen (vgl Joas 1997). Mit dem Rückgriff auf gemeinsam geteilte starke Werte lassen sich daher kurzfristige Interessen in eine langfristige Perspektive einordnen und verhandelbar machen. Da Werte stets in einer Konstellation von vielfach konkurrierenden Werten stehen, ist die griffige, allgemein überzeugende Bündelung mehrerer bedeutender Werte in einem komplexen, handlungsleitenden Grundsatz für die Reduzierung von Dissensrisiken in einem Politiknetzwerk besonders nützlich.

Die Agenda 21 führt mit dem in diesem Band schon mehrfach zitierten Nachhaltigkeitsgrundsatz – nämlich den, eine „Entwicklung [anzustreben], die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff 1987, 46) – ein solch „weiches“ Mittel zur Verringerung des Dissensrisikos in die Governance-Form der Politik ein. Dieser Grundsatz hat nicht nur die Einigung auf die Agenda 21 in Rio ermöglicht und die Konsensbildung auf einer ganzen Reihe von globalen, makroregionalen und nationalen Folgekonferenzen erleichtert, er trägt auch die situationsspezifische Ableitung von Leitbildern und Projekten auf der örtlichen Ebene und unterstützt dabei die lokale Entwicklung der Entwicklungsressourcen: der Kooperations-, Lern- und Naturformen.

Grundsätze sind, das hat John Rawls (1975 und 1994) mit seinen hypothetischen Grundsätzen der Gerechtigkeit exemplarisch gezeigt, die erste Stufe der Operationalisierung von Werten für die Einrichtung einer sozialen Ordnung. Sie gehen, ob implizit oder explizit, in die zweite Stufe der Operationalisierung von Werten ein, nämlich in die Verfassung, mit der die Grundordnung einer Gesellschaft, das System ihrer wichtigsten Institutionen (Familie, Eigentum, demokratische Wahl, Gesetzgebung und Rechtsprechung usw.) festgelegt wird.

Der Grundsatz der Nachhaltigkeit erfüllt in seinen verschiedenen Varianten die Funktion der „übergreifend“ konsensfähigen Bündelung und Operationalisierung von mehreren, sich teils widersprechenden Werten und des Maßstabs für die Gestaltung bzw. Bewertung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses.¹¹ Er verknüpft naturbezogene, von Wünschen und Wissen gleichermaßen geprägte Werte (z.B. Gesundheit, Schönheit etc.) mit Werten der Gerechtigkeit zwischen den Generationen und – implizit – zwischen den armen

11 Zu den Varianten des Nachhaltigkeitsgrundsatzes siehe Renn u.a. 1999

und den reichen Ländern, zu einem aktuell breit anerkannten Konzept des modernen Naturverhältnisses und bietet damit einen Maßstab für Verfassungs- und Gesetzgebung¹². Er hilft, die verschiedenen Werte des „guten Lebens“, die für die Nutzung und Gestaltung der menschlichen und der umgebenden Natur von Bedeutung sind, in einer kritisierbaren Weise für die Rahmensetzung für das wissenschaftlich-technische, ökonomische, politische und ästhetische Handeln zu operationalisieren. Zugleich bietet der Grundsatz der Nachhaltigkeit auch Orientierung bei der Gestaltung von Leitbildern und Projekten *unterhalb* der Ebene der Verfassung und Gesetzgebung.

Im Vergleich zur lokalen Innovations- und Integrationspolitik ist die lokale Nachhaltigkeitspolitik somit sehr viel besser gegen die vielfältigen Dissensrisiken komplexer, diagonalen Politiknetzwerke gewappnet. Zugleich ist sie mit diesen Dissensrisiken jedoch weniger belastet, da die zu stimulierenden und zu koordinierenden Investitionsentscheidungen der Lokalen Agenda 21 weniger risikoreich als die Entscheidungen für eine lokale Forschungs- und Technologielinie im Standortwettbewerb sind und vermutlich auch weniger konfliktreich als es z.B. die integrationspolitische Entscheidungen zur Entwicklung und Förderung eines neuen lokalen Dienstleistungsmarktes für Langzeitarbeitslose wären. Die Lokale Agenda 21 hat daher auf der Orientierungs- und Problemlösungsebene häufig einen „Überschuß“ an Konsenspotential. Dementsprechend könnte sie zur Entwicklung und Erprobung von Kooperationsformen, Natur- und Lernformen beitragen, die auf die lokale Integrations- und Innovationspolitik übertragbar sind. Dem steht jedoch entgegen, daß die Lokale Agenda 21 häufig unter der Kehrseite dieses Konsensüberschusses leidet: daß sie kurzfristig nicht sehr viel unmittelbar bewegt und deshalb vordergründig oft als symbolische Politik erscheint, die teils von Politik und Verwaltung mißbraucht, teils nicht ernst genommen wird und bei Zeitknappheit der Spitzenpolitiker, Personalknappheit der Verwaltung oder bei Knappheit der Haushaltsmittel (für Projekte und Moderation) schnell auf die unteren Ränge der Prioritätenskala abrutscht.

Im Ergebnis bedeutet dies in zahlreichen Fällen die suboptimale Nutzung der Potentiale der Lokalen Agenda 21 für die Entwicklung von Kooperations-, Lern- und Naturformen, die auch für die Innovations- und Integrationspolitik genutzt werden könnten. In einer ohnehin reich mit Entwicklungsressourcen ausgestatteten Metropole wie Wien mag das nicht weiter ins Gewicht fallen (vgl. den Beitrag von Pleschberger in diesem Band). Dort ist genügend Potential vorhanden, um den Agendaprozess notfalls auch ohne die Stadtregierung zu beginnen. In anderen hoch entwickelten Städten (wie z.B. Darmstadt) wird das Entwicklungspotential der Lokalen Agenda 21 besser genutzt. Dort beteiligen sich mehrere am Ort ansässige Großunternehmen und die Forschungseinrichtungen der Stadt am Agendaprozeß und nutzen die Gelegenheit zu

12 Zur Dissensbewältigung mittels Recht vgl. Habermas (1992)

Kontakten und zur Kooperation in einer von weniger Dissensrisiken belasteten politischen Arena. Die Lokale Agenda 21 bildet dann einen zweiten, „weichen“ Rahmen für eine an dem Nachhaltigkeitsgrundsatz mehr oder weniger ausgerichtete und von diesem Grundsatz gestützte Innovationspolitik, auf den sie im Dissensfall stets zurückgreifen kann.

In weniger entwicklungsstarken Städten und Regionen wäre dagegen darauf zu achten, daß das Koordinationspotential des Nachhaltigkeitsgrundsatzes optimal für alle drei aktuellen Aufgaben der lokalen Politik genutzt wird. Wo die Entwicklungsressourcen sehr knapp sind, wird jedoch zuerst am Agenda-Prozeß gespart. Dieses Knappheitsproblem kann durch den Transfer aus entwicklungsstarken Städten teilweise ausgeglichen werden,¹³ oder es werden die Ressourcen der Nachhaltigkeits-, Integrations- und Innovationspolitik in Projekten gebündelt.¹⁴

Neben einem klugen Umgang mit dem Knappheitsproblem durch Kooperation mit einer „stärkeren“ Kernstadt oder durch Integration der drei Politiken in einzelnen Projekten ist besonders für „schwache“ Standorte die Unterstützung im vertikalen Politiknetzwerk unverzichtbar. Allenfalls einige „Schwellenstandorte“, kaum jedoch die altindustriellen und unterentwickelten Städte und Regionen können die heute geforderten Entwicklungsressourcen aus eigener Kraft entwickeln. Sie bleiben darauf angewiesen, daß der globale Produktivitäts- und Flexibilitätsdruck durch entsprechende Regulierung der globalen Kapital- und Gütermärkte auf ein zwar forderndes, aber nicht mehr zerstörendes Maß reduziert und ihre Entwicklung durch nationale bzw. europäische Förderung unterstützt wird. Besonders in dieser vertikalen, regulativen und redistributiven Dimension der lokalen Innovations-, Integrations- und Nachhaltigkeitsnetzwerke ist der Nachhaltigkeitsgrundsatz ergänzungsbedürftig durch einen Gerechtigkeitsgrundsatz (wie etwa den von Rawls vorgeschlagenen¹⁵).

Im Unterschied zu der zu vermeidenden Ungleichheit der Lebenschancen zwischen den heutigen und künftigen Generationen betrachtet die Agenda 21 die gegenwärtige Ungleichheit der Lebenschancen innerhalb und zwischen den Nationalstaaten nicht als moralisches, sondern als strategisches Problem.

13 So hat z.B. die Gemeinde Riedstadt die Hochschulressourcen des benachbarten Darmstadt genutzt und dabei die Kooperations-, Lern- und Naturformen in der Gemeinde erkennbar weiterentwickelt (vgl. dazu den Beitrag von Gehrlein und Stärk in diesem Band).

14 So z.B. in einem Schulprojekt in Liverpool, wo die Lokale Agenda 21 mit der Integrationspolitik unmittelbar verkoppelt wurde. In drei der ärmsten Stadtteile haben die Primarschulen im Rahmen eines von der Europäischen Kommission geförderten Demonstrationsprojektes ein Curriculum für die Einführung in die Informations- und Kommunikationstechnologie mit Inhalten aus dem Nachhaltigkeitsdiskurs entwickelt und erprobt (Mühlich/Werner 2000)

15 Zur aktuellen Weiterentwicklung des Rawlschen Vorschlags für einen Grundsatzes der Gerechtigkeit vgl. Hirsch (1998)

Globale, nationale und lokale Armut wird als eine der bedeutendsten Ursachen der Umweltzerstörung genannt, die Einschränkung der Ungleichheit von individuellen und kollektiven Entwicklungschancen auf ein allseits akzeptables Maß wird im wohlverstandenen langfristigen Eigeninteresse der Wohlhabenden gesehen, und die ökologischen, kulturellen und politischen Nebenfolgen von starker Ungleichheit gelten als mit Nachhaltigkeit nicht vereinbar. Diese Einstufung der gegenwärtigen Ungleichheit als strategisches Problem hat dazu beigetragen, daß die Einführung von ökologischen und sozialen Mindeststandards in den armen Ländern diskreditiert wird. Ein weiterer Nebeneffekt der eher strategischen und weniger moralischen Betrachtung gegenwärtig ungleicher Entwicklungschancen ist bei den lokalen Agenda-Prozessen zu beobachten: Nachhaltigkeit wird vorwiegend ökologisch buchstabiert; es kommt selten vor, daß ein Agendaprozeß in die von Arbeitslosigkeit und Armut gefährdeten Stadtteile getragen und die Norm der Nachhaltigkeit zum Bezugsrahmen z.B. für die integrative Schulpolitik gemacht wird. Die Ergänzung des vorrangig auf die Naturform bezogenen Nachhaltigkeitsgrundsatzes durch einen vorrangig auf eine faire Kooperationsform bezogenen Gerechtigkeitsgrundsatz scheint daher geboten. Ein solcher Grundsatz, der die Werte individuellen Autonomie und Verantwortung für die thematisierten Aufgaben operationalisiert (vgl. dazu etwa Sen 1992), verweist auf Grundfähigkeiten, deren Entwicklung gewährleistet sein muß, um exploratives Lernen überhaupt erst zu ermöglichen.

Solche Voraussetzungen für das Lernen des Lernens sind als der bedeutendsten nachwachsenden Rohstoff zu begreifen, den die lokale Nachhaltigkeits-, Innovations- und Integrationspolitik in komplexeren Lernformen, Kooperationsformen und Naturformen veredeln und dessen Nachwachsen sie sichern muß.

Literatur

- Altwater, Elmar, 2000: Monopoly spielen oder Mut machen, Die Globalisierung ist nicht die Verlängerung des bisherigen Modells, sie fordert Europa besonders heraus, in: Dokumentation Frankfurter Rundschau, 11. Juli 2000, Nr. 158
- Anand, Sudhir/Sen, Amartya, 1996: Sustainable Human Development: Concepts and Priorities, United Nations Development Programme, Office of Development Studies, New York
- Bächler, Günther, 1999: Umwelt und Konflikte: Übernutzung von Naturgütern als Konfliktursache – Ursachensynonyme – Umweltkonflikte als Gesellschaftskonflikte – Globale und lokale Umwelt- und Friedenspolitik, in: Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): Globale Trends 2000, Frankfurt am Main
- Bäcker, Gerhard, 1999: Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte – Gezielte Fördermaßnahmen im Rahmen einer offensiven Beschäftigungsstrategie statt Nied-

- riglohnpolitik, Arbeitspapier zur Sitzung der Arbeitsgruppe Benchmarking am 17.02.1999, Fachhochschule Niederrhein, Mönchengladbach
- Bosch, Gerhard, 1999: Niedriglöhne oder Innovation, Überlegungen zur Zukunft der Erwerbsarbeit, in: WSI Mitteilungen 12/1999, S. 861-869
- Böhme, Gernot, 1992: Natürlich Natur. Über Natur im Zeitalter ihrer technischen Reproduzierbarkeit, Frankfurt am Main
- Böhme, Gernot/Schiemann, Gregor, Hrsg. , 1997: Phänomenologie der Natur, Frankfurt am Main
- Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, 2000: Modellversuche zur Beschäftigung von gering Qualifizierten und Langzeitarbeitslosen, <http://www.buendnis.de/03/08/index4.htm>
- Castells, Manuel/Hall, Peter 1994: Technopoles of the World. The making of 21st Century Industrial Complexes, London/New York
- Dewey, John, 1927/1996: Die Öffentlichkeit und ihre Probleme, Bodenheim
- Esser, Klaus/Hillebrand, Wolfgang/Messner, Dirk/Meyer-Stamer, Jörg, 1995: Systemische Wettbewerbsfähigkeit. Neue Anforderungen an Unternehmen und Politik, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 64, Nr. 2, S. 186-199.
- Fürst, Dietrich/Schubert, Herbert, 1998: Regionale Akteursnetzwerke, Zur Rolle von Netzwerken in regionalen Umstrukturierungsprozessen, in: RuR 5/6, 1998, S. 352-361.
- Giddens, Anthony, 1988: Die Konstitution der Gesellschaft, Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt/New York
- Habermas, Jürgen, 1992: Faktizität und Geltung, Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main
- Habermas, Jürgen, 1995: Kants Idee des ewigen Friedens – aus dem historischen Abstand von 200 Jahren, in: Kritische Justiz, 28, 1995, 293-319
- Hauff, Volker (Hrsg.), 1987: Unsere gemeinsame Zukunft. Der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Bericht), Greven.
- Heinelt, Hubert, 1996: Perspektiven und Probleme der Strukturfondsförderung, in ders. Hrsg.: Politiknetzwerke und europäische Strukturfondsförderung. Ein Vergleich zwischen EU-Mitgliedstaaten, Opladen, S. 298-308
- Hinsch, Wilfried, 1998: Rawls“ Differenzprinzip und seine sozialpolitischen Implikationen, in: Blasche, Siegfried und Döring, Dieter, Hg., Sozialpolitik und Gerechtigkeit, Frankfurt/ New York
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut, 1998: Shareholder-Value: Unternehmensstrategien und neue Strukturen des Kapitalmarkts, in: Hirsch-Kreinsen, Hartmut/Wolf, Harald (Hrsg.): Arbeit, Gesellschaft, Kritik, Orientierungen wider den Zeitgeist, Festschrift für Joachim Bergmann, Berlin.
- Hobsbawm, Eric, 1998: Das Zeitalter der Extreme, Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien
- Jakobeit, Cord, 2000: Regimetheoretische Überlegungen zur Re-Regulierungsdiskussion am Beispiel der Weltumweltordnung, in PROKLA 118, S.107-122.
- Joas, Hans, 1997: Die Entstehung der Werte, Frankfurt am Main
- Kennedy, Paul, 1999: Globale Herausforderungen am Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): Globale Trends 2000, Frankfurt am Main
- Krugman, Paul, 1999: Die Große Rezession, Was zu tun ist, damit die Weltwirtschaft nicht kippt, Frankfurt/New York
- Lafferty, William M. (Hrsg.), 1999: Implementing LA 21 in Europe. New Initiatives for Sustainable Communities, Oslo

- Leu, Hans Rudolf/Krappmann, Lothar (Hrsg.), 1999: Zwischen Autonomie und Verbundenheit, Bedingungen und Formen der Behauptung von Subjektivität, Frankfurt am Main
- Lipp, Wolfgang, 1994: Drama Kultur, Teil 1: Abhandlungen zur Kulturtheorie, Teil 2: Urkulturen, Institutionen heute, Kulturpolitik, Berlin
- Lutz, Burkart, 1984: Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt am Main
- Lütz, Susanne, 2000: Globalisierung und die politische Regulierung von Finanzmärkten, in: PROKLA Nr 118, S. 61-82
- Matthiesen, Ulf/ Gerlach, Peter/ Mahnken, Gerhard, 2000: Neue Institutionenbildungen und Lernende Regionen, in: Die Forschungsschwerpunkte des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner (http://www.los.shuttle.de/irs/abteil_3.htm)
- Meyer-Stamer, Jörg, 1999: Lokale und regionale Standortpolitik – Konzepte und Instrumente jenseits von Industriepolitik und traditioneller Wirtschaftsförderung, Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg, INEF-Report 39/99
- Mühlich, Eberhard/Mühlich-Klinger, Ilona, 2000: Stadtteilmanagement zur ökonomischen, kulturellen und politischen Entwicklung gefährdeter Stadtteile, Darmstadt (zur Veröffentlichung vorgesehen)
- Mühlich, Eberhard / Werner, Peter, 2000: Information and Communication Technology Use with Local Agenda 21 (zur Veröffentlichung vorgesehen)
- Oesterdiekhoff, Georg W., 1997: Kulturelle Bedingungen kognitiver Entwicklung, Frankfurt am Main
- Ortmann, Günther / Sydow, Jörg, 1998: Reflexion über Grenzen: Neue Konturen der Unternehmungslandschaft, in: Beate Kohler-Koch: Regieren in entgrenzten Räumen, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 29, S.29-49, Opladen/Wiesbaden
- Poferl, Angelika / Schilling, Karin / Brand, Karl-Werner, 1997: Umweltbewußtsein und Alltagshandeln, Eine empirische Untersuchung sozial-kultureller Orientierungen, Opladen
- Rawls, John, 1979: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt am Main
- Rawls, John, 1994: Gerechtigkeit als Fairneß: politisch und nicht metaphysisch, in: ders. Die Idee des politischen Liberalismus, Aufsätze 1978-1989, Frankfurt am Main
- Reich, Helmut, 1996: Relations- und kontextbezogenes Denken sowie sein Bezug zu anderen Formen des Denkens, Beitrag auf dem 40. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Psychologie „Wissen und Handeln“, München
- Renn, Ortwin/Knaus, Anja/Kastenholz, Hans, 1999: Wege in eine nachhaltige Zukunft, in: Breuel, Birgit: Agenda 21, Vision: Nachhaltige Entwicklung, Frankfurt/New York
- Schäfer, Lothar, 1993: Das Bacon-Projekt, Von der Erkenntnis, Nutzung und Schonung der Natur, Frankfurt am Main
- Sen, Amartya, 1992: Inequality Reexamined, New York
- Sennett, Richard, 1998: Der flexible Mensch, Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin
- Streeck, Wolfgang, Heinze, Rolf, 1999: An Arbeit fehlt es nicht, in: Der Spiegel, Heft 19, S. 38-45
- Vester, Michael, 1999: Gibt es eine neue Mitte?, AGIS-Website, Hannover, <http://www.soz.uni-hannover.de/agis/projekte/htm>
- Weizsäcker, Ernst Ulrich/ Lovins, Amory/Lovins H, 1997: Faktor Vier. Doppelter Wohlstand, halbiertes Naturverbauch, 10. Auflage, München
- Wiesenthal, Helmut, 2000: Globalisierung. Soziologische und politikwissenschaftliche Koordinaten im neuartigen Terrain, in: Brunkhorst, Hauke/Kenner, Matthias: Globalisierung und Demokratie, Wirtschaft, Recht, Medien, Frankfurt am Main
- Wolf, Harald, 1998: Die doppelte Institution der Arbeit und ihre Kritik, in: Hirsch-Kreinsen, Hartmut/Wolf, Harald (Hrsg.): Arbeit, Gesellschaft, Kritik, Orientierungen wider den Zeitgeist, Festschrift für Joachim Bergmann, Berlin.